

**Rede von Dorothea Maltasiadis für die ver.di-Betriebsgruppe der Stadt Tübingen bei der Rettungsschirm-für Kommunen-Aktion des Tübinger Bündnisses „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ am 8. November 2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

**wir sind gegen das Projekt „MINUS 10 PROZENT“.** Dabei sollen bei der Stadt und ihren Eigenbetrieben erneut viele Arbeitsplätze abgebaut werden.

In zwölf Jahren Verwaltungsreform von 1996 bis 2008 wurden bei uns bereits über 200 Stellen abgebaut und ca. 100 Stellen wurden nicht wieder besetzt. Viele Vollzeitstellen wurden und werden in Teilzeitstellen umgewandelt. Auch die Befristungen nahmen und nehmen stetig zu. Außerdem besteht bei uns seit April 2009 eine halbjährige Wiederbesetzungssperre.

**Jetzt soll es weiter kräftig an unsere Substanz gehen.  
Wir sind am Limit!**

Ich möchte an einigen Beispielen schildern, wie sich vom Bund und vom Land beschlossene Gesetze und Verordnungen und infolge der Finanznot von der Mehrheit des Tübinger Gemeinderats beschlossene Gebühren- und Steuererhöhungen auf einzelne Bereiche der Stadt auswirken.

Kinderbetreuungsbereich:

Das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz ab 2013, auch für unter Dreijährige ist Bundesgesetz.

Leider konnten wir mit unseren Aktionen gemeinsam mit den Erzieherinnen und Erziehern die weiteren Kürzungen der Verfügungszeit durch die Mehrheit des Gemeinderats nicht verhindern. Auch beschloss die große Koalition aus SPD-CDU-UFW-AL/Grüne und FDP im Gemeinderat die Verschlechterung des Personalschlüssels. Bundeskanzlerin Merkel sagte: „An der Bildung wird nicht gespart.“ Kindereinrichtungen sind Bildungseinrichtungen. Wir fordern die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, insbesondere der Regierungsparteien CDU und FDP, aber auch von SPD und AL/Grünen auf, sich dafür einzusetzen, dass diese Beschlüsse schnellstens rückgängig gemacht werden! Sie müssen das für den Ausbau der Kinderbetreuung benötigte Geld von denen einfordern die das bestellt haben: Der Bund hat die finanzielle Verpflichtung zu übernehmen!

Zum Kinderbetreuungsbereich gehört auch eine Verwaltung. Die Beschäftigten dort sind durch die dauernden Änderungen, Weiterentwicklungen, Um-, An- und Abmeldungen in der Kleinkind- und Schulkindbetreuung und die häufigen Gebührenerhöhungen extrem belastet. Auch hierfür gibt es kein Geld von Bund und Land! Hier hat das Land Baden-Württemberg die finanzielle Verpflichtung zu übernehmen. Wer bestellt hat zu zahlen.

Bürgeramt:

Zum 1. November 2010 wurde der neue Personalausweis eingeführt, von der Bundesregierung beschlossen. Genauso wie der 2008 eingeführte neue Reisepass. Die Stadt hat zur Erhöhung ihrer Einnahmen die Zweitwohnungssteuer eingeführt. Die Anträge für noch alte Ausweise und dann für die neuen und die Ummeldungen des Wohnsitzes führten und führen dort zu erheblichem Arbeitsmehraufwand. Immer wieder sagen Beschäftigte, die im Bürgeramt am Schalter arbeiten: „Ich muss funktionieren wie eine Maschine und kann oft nach der Arbeit nicht abschalten.“ Dienstags und donnerstags ist das Bürgeramt bis 18.00 Uhr geöffnet. Oft kommen die Beschäftigten erst um 19.00 Uhr heraus. Geld vom Bund für die Bearbeitung der Ausweise und Pässe gibt es so gut wie nicht.

Fachabteilung Personal:

Der elektronische Entgeltnachweis (ELENA) wurde von der Bundesregierung beschlossen. Tausende Verfassungsbeschwerden sind dagegen anhängig. Trotzdem müssen unsere Kolleginnen und Kollegen, die unsere Einkommen errechnen und für die pünktliche monatliche Auszahlung dieser sorgen, die ELENA-Daten seit 01. Januar 2010 an den Zentralspeicher in Würzburg weiterleiten bis das Gericht entschieden hat. Die Daten müssen regelmäßig gepflegt werden. Das hat zu einem großen zusätzlichen Arbeitsaufwand geführt. Geld vom Bund ist dafür nicht geflossen.

Stadtkasse:

Die vom Gemeinderat wiederholt beschlossenen Gebühren- und Steuererhöhungen bei den Elternbeiträgen, den Parkgebühren, bei der Grundsteuer, die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr, die vom Landtag beschlossen wurde, die starke Zunahme der Kartenzahlungen beim Bürgeramt und vieles mehr haben bereits zu einer enormen Arbeitsverdichtung geführt. Auch die doppelte, sprich kaufmännische Buchführung, die sogenannte Doppik, wurde vom Landtag beschlossen. Und das, weil wenigen unternehmensfreundlichen Politikern und Politikerinnen eingefallen ist, dass eine Stadt wie ein Konzern geführt werden muss. Das wird ebenfalls zu einem zusätzlichen erheblichen Arbeitsaufwand führen bis die ganze Sache läuft. Ob wir wohl dafür Geld vom Land bekommen werden?

Arbeiterbereich bei den Stadtbaubetrieben und den Entsorgungsbetrieben:

Die Beschäftigten dort haben Angst, wie sie den kommenden Winterdienst mit weniger Personal als im letzten Jahr zusätzlich zu ihrer täglichen Arbeit bewältigen sollen. Winterdienst machen die Müllwerker, Straßenarbeiter, Gärtner, Friedhofsarbeiter. Sie sind durch ihren täglichen harten körperlichen Einsatz schon so gefordert, dass der dazukommende Winterdienst durch die Personalknappheit sie zusätzlich belastet und damit vollkommen auslaugt. Ein weiterer Personalabbau hier ist unserer Meinung nach unverantwortlich. Der Winterdienst ist hoheitliche Aufgabe. Geld dafür erhalten die Kommunen nicht.

Mit den Bildungseinrichtungen im Erziehungsbereich habe ich in meinen Ausführungen angefangen. Mit Kultur und Bildung höre ich am Beispiel Stadtbücherei auf. Kultur und Bildung gehören zusammen.

Ich erinnere nochmal: Bundeskanzlerin Merkel hat gesagt, sie würde nicht an der Bildung sparen. Gerade in Zeiten der Krisen werden leistungsfähige öffentliche Bibliotheken besonders gebraucht. Damit alle an Bildung teilhaben können, auch die Armen. Unsere Stadtbücherei leistet trotz ihrer dünnen Personaldecke seit Jahren ausgezeichnete qualitative Arbeit. Das zeigen die stetig steigenden Ausleihzahlen für alle Medien. Jedoch sorgt sie sich auch seit Jahren wegen ihrer unzureichenden Personalausstattung. Nun muss sie – trotz ständiger Rationalisierung, zuletzt durch Anschaffung der Anlage zur Selbstverbuchung der Bücher durch die Ausleihenden - erneut bangen. Auch hierfür könnten der Bund und das Land regelmäßig Geld locker machen.

Ich hoffe, dass Ihnen an diesen Beispielen klar geworden ist, wie stark das Arbeitsaufkommen bei uns in allen Bereichen, ohne Ausnahme, gewachsen ist. Zu allem kommt noch die zusätzliche Belastung durch ständige Rationalisierung aufgrund der Finanznöte und die Weiterentwicklung oder Neueinführung von EDV-Programmen aufgrund der Gesetze und Verordnungen. Wir Beschäftigten müssen alles zusätzlich bei laufendem Betrieb bewältigen.

Und da denken einige Stadträte und Stadträtinnen immer noch, es sei noch Luft drin. Die Zitrone ist ausgepresst, wie Erster Bürgermeister Lucke bereits trefflich bemerkte! Dessen ungeachtet wird nun beim Projekt „MINUS 10 PROZENT“ weiter gepresst, bis nicht einmal mehr etwas von der Schale übrigbleibt. Die Erkrankungen, auch die psychischen und psychosomatischen, nehmen zu. Allerdings kommen viele Beschäftigte krank zur Arbeit. Infolge irgendwelcher Gebrechen nicht voll leistungsfähige Beschäftigte haben es zunehmend schwerer bei dieser Arbeitskonzentration. Es gibt fast keine Einfacharbeitsplätze mehr, auf die notfalls umgesetzt werden könnte. Diese wurden schon vor Jahren vernichtet.

Sehr geehrte Damen und Herren des Tübinger Gemeinderats: Wir freuen uns, dass Sie sich der Resolution „Rettungsschirm für Kommunen“ der Städte Reutlingen, Rottenburg, Frankfurt am Main und weiterer Städte angeschlossen haben. Nun gilt es, diese mit Leben zu erfüllen. Fordern Sie Ihre Parteien in Bund und Land auf, den Kommunen für die von ihnen beschlossenen Gesetze und Verordnungen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen! Und zwar finanzielle Mittel auch für die zur Ausführung dieser Gesetze und Verordnungen in Zusammenhang stehenden Kosten für ausreichend Personal, auch in der EDV-Abteilung, und Material, wie Hard- und Software, Schulungen etc. Rücken Sie Ihren Abgeordneten in Bund und Land auf die Pelle! Fahren Sie nach Berlin und Stuttgart!

Geld ist genug vorhanden. Am 05.11.2010 stand im „Schwäbischen Tagblatt“: „Geldsegen für den Staat. Regierung erwartet 61 Milliarden Euro Steuereinnahmen“. Diese ließen sich noch weiter erhöhen, wenn die Vermögenssteuer wieder eingeführt und der Spitzensteuersatz wieder erhöht würde.

Bei unseren Tarifaueinandersetzungen 2006 trugen wir ein Schild: „Statt Konzerne subventionieren in die Beschäftigten investieren!“ Das ergänzen wir jetzt:  
**Statt Banken und Konzerne zu subventionieren, in die Beschäftigten investieren!  
Nicht auf unserem Rücken!  
Am kommenden Samstag findet in Stuttgart unsere Demo gegen die Politik der Bundesregierung zur Sozialpolitik statt.  
Wir demonstrieren für eine gerechte Steuerpolitik, wir wollen keine Abschaffung der Gewerbesteuer!  
Wir demonstrieren für eine gerechte Finanzpolitik, wir wollen keinen sozialen Kahlschlag!  
Wir demonstrieren für eine gerechte Gesundheitspolitik, wir wollen keine Zwei-Klassen Medizin und Kopfpauschale!  
Wir demonstrieren für eine gerechte Rentenpolitik, wir wollen keine Rente bzw. Pension ab 67!  
Demonstrieren Sie mit am 13.11. in Stuttgart!  
Denn:  
Gerecht geht anders!**